

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses**Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 sowie Finanzplanung 2017 bis 2021****Unterhaltungsvorschüsse konsequent einfordern****Sechs zusätzliche Richterstellen schaffen!****I. Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses****1. Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss durch die Bürgerschaft (Landtag)**

- a) Die Bürgerschaft (Landtag) hat die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 (Mitteilung des Senats vom 12. September 2017, Drs. 19/1224) in ihrer 49. Sitzung am 20. September 2017 in erster Lesung beschlossen und diese sowie die der Mitteilung des Senats für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 anliegenden Haushaltspläne (Produktgruppenhaushalte, kamerale Haushalte einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung, produktgruppenorientierte und kamerale Stellenpläne, Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie Sonderhaushalte) zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss federführend überwiesen.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat sie ferner an den Rechtsausschuss, an den Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Land Bremen, an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau, an den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit sowie an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit überwiesen und die Ausschüsse gebeten, dem federführenden staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss zu berichten.

- b) Darüber hinaus hat die Bürgerschaft (Landtag) dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss das Haushaltsporträt 2018/2019 und den Finanzplan 2017 bis 2021 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung zur Beratung und Berichterstattung überwiesen.
- c) In ihrer 33. Sitzung am 14. Dezember 2016 hatte die Bürgerschaft (Landtag) bereits den Antrag der Fraktion der CDU „Unterhaltungsvorschüsse konsequent einfordern“, Drs. 19/853, an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 3. November 2017 eine Beratung dieses Antrags im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossen. In gleicher Weise ist der Ausschuss mit dem von der Bürgerschaft (Landtag) in ihrer 46. Sitzung am 15. Juni 2017 an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss überwiesenen Antrag der Fraktion der CDU „Sechs zusätzliche Richterstellen schaffen!“, Drs. 19/1117, verfahren.

2. Beratungsverfahren im staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 16. November 2017 die Beratung in gemeinsamen Sitzungen mit dem städ-

tischen Haushalts- und Finanzausschuss aufgenommen und am 17. November sowie 1. Dezember 2017 fortgesetzt. Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss hat seine Beratungen mit der Beschlussfassung über diesen Bericht abgeschlossen.

Der staatliche und der städtische Haushalts- und Finanzausschuss beauftragten am 18. August 2017 zur Vorbereitung ihrer Einzelberatungen für die im Folgenden aufgeführten Produktpläne des Produktgruppenhaushalts 2018 und 2019 für das Land und die Stadtgemeinde Bremen die nachstehend benannten Ausschussmitglieder als Berichterstatterinnen und Berichterstatter mit der Maßgabe, dem staatlichen und dem städtischen Haushalts- und Finanzausschuss zu den jeweiligen Produktplänen zu berichten.

01	Bremische Bürgerschaft	Abg. Frau Dehne (SPD)
02	Rechnungshof	Abg. Frau Dehne (SPD)
03	Senatskanzlei	Abg. Frau Dehne (SPD)
05	Bundes- und Europaangelegenheiten	Abg. Frau Dehne (SPD)
06	Datenschutz und Informationsfreiheit	Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
07	Inneres	Abg. Herr Dr. vom Bruch (CDU)
08	Frauen	Abg. Frau Tuchel (SPD)
09	Staatsgerichtshof	Abg. Frau Dehne (SPD)
11	Justiz	Abg. Frau Yildiz (Bündnis 90/Die Grünen)
12	Sport	Abg. Frau Tuchel (SPD)
21	Kinder und Bildung	Abg. Herr Prof. Dr. Hilz (FDP)
22	Kultur	Abg. Herr Eckhoff (CDU)
24	Hochschulen und Forschung	Abg. Herr Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)
31	Arbeit	Abg. Herr Prof. Dr. Hilz (FDP)
41	Jugend und Soziales	Abg. Herr Weber (SPD)
51	Gesundheit und Verbraucherschutz	Abg. Herr Hinners (CDU)
68	Umwelt, Bau und Verkehr	Abg. Frau Aulepp und Abg. Herr Liess (SPD)
71	Wirtschaft	Abg. Frau Steiner (FDP)
81	Häfen	Abg. Herr Eckhoff (CDU)
91	Finanzen/Personal	Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
92	Allgemeine Finanzen	Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
93	Zentrale Finanzen	Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
96	IT-Budget	Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
97	Zentrale Bauinvestitionen	Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)

Die Berichterstatterinnen und Berichterstatter führten über die Produktpläne sowie über die dem Bereich des jeweiligen Produktplans entsprechenden Einzel-, Stellen- und Wirtschaftspläne Gespräche mit den Ressorts, den Bereichen sowie mit der Senatorin für Finanzen, mit den Vorsitzenden der Parlamentsausschüsse und mit den Sprecherinnen und Sprechern der Deputationen. Die Berichte der Berichterstatterinnen und Berichterstatter wurden in den Beratungen des staatlichen und des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses erläutert. Die Ressorts und Bereiche sowie die Senatorin für Finanzen, die Vorsitzenden der Parlamentsausschüsse und die Sprecherinnen und Sprecher der Deputationen wurden zu den Beratungen eingeladen und hatten Gelegenheit, in der Ausschussberatung Stellung zu beziehen.

Das Haushaltsporträt 2018/2019 und den Finanzplan 2017 bis 2021 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung hat der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 1. Dezember 2017 beraten und zur Kenntnis genommen. Von einer detaillierten Berichterstattung hat der Ausschuss abgesehen.

3. Berichte und Anträge der beteiligten Parlamentsausschüsse an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss

Der Rechtsausschuss, der Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Land Bremen, der Ausschuss für die Gleichstellung der Frau, der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit sowie der Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit haben zu den sie betreffenden Produktplänen sowie zu den entsprechenden Einzel- und Stellenplänen Stellung genommen.

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss hat die im Folgenden wiedergegebenen Stellungnahmen zur Kenntnis genommen und in seine Beratungen einbezogen.

a) Rechtsausschuss

„Der Rechtsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 18. Oktober 2017 mit dem Einzelplan 01 (Justiz und Verfassung), dem Stellenplan 01 (Justiz und Verfassung) sowie dem Produktgruppenplan 11 (Justiz) einschließlich Stellenplan befasst. Grundlage der Befassung war die sehr ausführliche Vorlage des Senators für Justiz und Verfassung vom 13. Oktober 2017 sowie der ergänzende mündliche Bericht des Senators für Justiz und Verfassung.

Der Senator für Justiz und Verfassung hat sowohl in der Vorlage als auch in der Sitzung selbst betont, dass mit der Ausnahme des Justizressorts von der Erbringung der PEP-Quote und der Berücksichtigung der Bedarfe der Justiz bei den Schwerpunktmitteln, der u. a. durch die veränderte Sicherheitslage deutlich gestiegenen Geschäftsbelastung Rechnung getragen werden konnte. Auch die Mehrbelastung, insbesondere in der Strafjustiz, mit der sich der Rechtsausschuss in den vergangenen Sitzungen mehrfach befasst hat, sei durch den zu verzeichnenden Personalzuwachs derzeit zumindest kompensiert.

Der Rechtsausschuss stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Vertreter der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktionen der CDU und der FDP bei Enthaltung des Vertreters der Gruppe BÜRGER IN WUT den Haushaltsplanentwürfen 2018/2019 für den Bereich Justiz und Verfassung zu und bestätigt die Darlegungen zur Erforderlichkeit von Ausgaben und zur Ausschöpfung von Einnahmequellen. Er bittet den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss, entsprechend zu entscheiden.“

b) Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Land Bremen

„Der Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Land Bremen hat sich mit den Haushaltsentwürfen 2018/2019, die seinen Arbeitsbereich betreffen, in der Sitzung am 30. August 2017 sowie am 25. Oktober 2017 befasst und diese abschließend beraten. Die Vorlagen des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen hat der Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen hat in den Sitzungen vorgetragen, dass in dem Produktplan Häfen die notwendigen Handlungserfordernisse abgedeckt seien. Die begonnenen Investitionen könnten fortgesetzt und einige neue Projekte angeschoben werden. Zudem sei man aufgrund der Mittelausstattung in der Lage, weitere kleinere Maßnahmen, wie beispielsweise abgängige oder schwer sanierungsbedürftige Kajen wieder herzurichten, durchzuführen. Weiterhin sei positiv zu bewerten, dass das Hafenamts aus den Vorgaben für den Personalabbau herausgenommen werde. Durch die Finanzie-

zung des Hafenamts aus den Einnahmen des Sondervermögens Hafen könnten die notwendigen Freiräume geschaffen werden, um die Personalausstattung für die nächsten Jahre zu sichern.

Der Ausschuss hat die Ausführungen des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen beraten und zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der Beratung lehnten die Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU den vorgelegten Haushalt mit der Begründung ab, dass investive Maßnahmen vornehmlich auf den Zeitraum nach 2020 geschoben würden. Sowohl für den Haushalt 2018/2019 als auch in der Finanzplanung 2020/2021 seien zu geringe Mittel veranschlagt worden. Der Investitionsanschlag für den Offshore-Terminal Bremerhaven im Sondervermögen Fischereihafen in Höhe von 48 Mio. € in 2018 und 50 Mio. € in 2019 sei demgegenüber zu hoch für ein Projekt, dessen Realisierung noch immer unklar sei.

Der Ausschuss stimmt den vorgelegten Haushaltsentwürfen mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, der FDP und DIE LINKE mehrheitlich zu.“

c) Ausschuss für die Gleichstellung der Frau

„Der Ausschuss für die Gleichstellung der Frau hat sich mit den Vorwürfen zum Haushalt der ZGF (Einzelplan 00, Kapitel 0045, Produktplan 08) sowie einer Vorlage der ZGF dazu auf seiner Sitzung am 8. August 2017 befasst und diese zur Kenntnis genommen. Die abschließende Beratung und Beschlussfassung erfolgte im Umlaufverfahren.

Die ZGF hat in ihrer Vorlage sowie in ihren Ausführungen in der Sitzung am 8. August 2017 deutlich gemacht, dass die Vorgaben für den Personalabbau problematisch seien. Im Jahr 2018 seien nach der Vorgabe 1,4 VZÄ (Vollzeitäquivalent) abzubauen. Zudem würde der geplante Wegfall der temporären Personalmittel für kleine Dienststellen die ZGF besonders stark treffen, weil er nicht an anderer Stelle kompensiert werden könne. Der Personalabbau hätte – auch vor dem Hintergrund der zu bewältigenden zusätzlichen Aufgaben – deutliche Auswirkungen auf die Beratungsleistungen der ZGF.

Der Ausschuss erachtet die Vorgaben für den Personalabbau ebenfalls für kritisch und würde bedauern, wenn durch diese die Arbeit der ZGF – insbesondere auch die Beratungsleistungen – beeinträchtigt werden würde.

Der Ausschuss stimmt den vorgelegten Haushaltsentwürfen für seinen Bereich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, der FDP und DIE LINKE mehrheitlich zu.“

d) Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit

„Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit hat sich mit den Haushaltsentwürfen 2018 und 2019, die seinen Arbeitsbereich betreffen, in der Sitzung am 24. Oktober 2017 befasst und diese abschließend beraten.

Der Ausschuss ist dabei zu folgenden Feststellungen gekommen:

Nach Einschätzung des Ausschusses sind die Haushaltsansätze 2018 und 2019 im Haushalt der Bevollmächtigten beim Bund und für Europa, wie in allen anderen Bereichen auch, sehr knapp kalkuliert. Dies gilt insbesondere für den Bereich des Personals, da die bisher für kleine Dienststellen geltende Ausnahme von der PEP-Quote aufgrund der allgemeinen Haushaltslage im Land Bremen aufgehoben wurde. Die für die Wahrnehmung der Aufgaben zur Verfügung stehenden Mittel sind im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr gering. Vor

dem Hintergrund dieser engen finanziellen Rahmenbedingungen leisten die beiden Landesvertretungen eine sehr effiziente und wertvolle Arbeit, die nach Auffassung des Ausschusses nicht gefährdet werden darf. Abordnungen der Ressorts an die Landesvertretungen in Brüssel und Berlin müssen deshalb in beiderseitigem Interesse auch in Zukunft fortgesetzt werden.

Im Bereich Entwicklungszusammenarbeit unterstützt der Ausschuss die Förderung entwicklungspolitischer Initiativen und Strukturen. Der Ausschuss erkennt an, dass in diesem Bereich mit wenigen finanziellen Mitteln und geringer Personalausstattung wichtige Arbeit geleistet wird, die auch in Zukunft fortgeführt werden soll.

Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit stimmt den vorgelegten Entwürfen für die Bereiche Bund, Europa und Entwicklungszusammenarbeit mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und DIE LINKE zu.“

e) Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit

„Der Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit hat sich mit den Haushaltsentwürfen 2018 und 2019, die seinen Arbeitsbereich betreffen, in den Sitzungen am 9. August 2017 und 1. November 2017 befasst und diese abschließend beraten. Die Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 10. Juli 2017 sowie den Vermerk der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit vom 31. Juli 2017 zu den Haushaltsentwürfen des Produktplans 06 hat der Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Die Fraktion DIE LINKE kritisiert grundsätzlich den Haushaltsentwurf für den Bereich Wissenschaft als unzureichend und weist auf drei wesentliche Punkte hin, bei denen sie Änderungsbedarf sehe: Es sei dringend erforderlich, die Grundhaushalte der Hochschulen zu erhöhen, da hier eine strukturelle Unterfinanzierung vorliege. Wichtig sei es ferner, zusätzliche Gelder für gute Arbeit in der Wissenschaft zur Verfügung zu stellen, um z. B. mehr befristete Stellen in unbefristete umwandeln zu können und die Situation für Honorarlehrkräfte zu verbessern. Schließlich sei es angesichts der langen Wartelisten notwendig, Mittel für den weiteren Ausbau von Studierendenwohnheimen zur Verfügung zu stellen.

Für den Bereich Datenschutz ist der Ausschuss übereinstimmend der Auffassung, dass die Haushaltsanschlüsse im Haushalt der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, wie in allen anderen Bereichen auch, sehr knapp kalkuliert sind. Dies gilt insbesondere für den Bereich des Personals. Vor dem Hintergrund der zusätzlichen Aufgaben, die im nächsten Jahr durch die Umsetzung der EU-Datenschutzgrundverordnung auf die Dienststelle zukommen, ist eine auskömmliche Personalausstattung zwingend erforderlich, um den gesetzlichen Anforderungen gerecht zu werden.

Der Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit stimmt den vorgelegten Entwürfen für die Bereiche Wissenschaft und Datenschutz/Informationsfreiheit mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und DIE LINKE zu.“

II. Beratung der Anträge und Änderungsanträge der Fraktionen, der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts, der Produktpläne, Haushaltspläne sowie der Haushaltsgesetze

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer 49. Sitzung am 20. September 2017 ihr Einverständnis erklärt, dass die bei der Verwaltung der Bürgerschaft (Landtag) eingehenden Anträge und Änderungsanträge der Fraktionen zu den Haushal-

ten 2018 und 2019 unmittelbar an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss zur Beratung und Berichterstattung weitergeleitet werden.

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss hat die eingegangenen und in den Anlagen im Einzelnen dargestellten gemeinsamen Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Anlage 1) sowie die Änderungsanträge der Fraktionen DIE LINKE (Anlage 2) und der FDP (Anlage 3) in seinen Sitzungen am 16. und 17. November 2017 sowie am 1. Dezember 2017 beraten und jeweils eine Beschlussempfehlung für die Bürgerschaft (Landtag) abgegeben. Auf der Grundlage der Beschlussempfehlungen des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses über die Änderungsanträge der Fraktionen sowie unter Einbeziehung der Berichte der Berichterhalterinnen und Berichterhalter, der Berichte aus den parlamentarischen Ausschüssen und der Stellungnahmen der Fachressorts bzw. der Bereiche sowie der Senatorin für Finanzen haben der staatliche und der städtische Haushalts- und Finanzausschuss in ihren Sitzungen die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts und die einzelnen Produktpläne im Produktgruppenhaushalt und im Produktgruppenstellenplan, in den entsprechenden kameralen Haushaltsplänen und Haushaltsstellenplänen für das Land und die Stadtgemeinde Bremen 2018 und 2019 beraten und über sie einzeln abgestimmt.

Die Einzelabstimmungen sind Grundlage der Beschlussempfehlung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses an die Bürgerschaft (Landtag). Abschließend hat der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 beraten und ebenfalls eine Beschlussempfehlung abgegeben.

1. Antrag der Fraktion der CDU „Unterhaltsvorschüsse konsequent einfordern“, Drs. 19/853

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Antrag der Fraktion der CDU „Unterhaltsvorschüsse konsequent einfordern“ (Drs. 18/853) in ihrer 33. Sitzung am 14. Dezember 2016 zur weiteren Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Antrag ferner an die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration überwiesen und diese darum gebeten, dem federführenden staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss zu berichten.

Ziel des Antrags ist es, das Forderungsmanagement der Freien Hansestadt Bremen für den Bereich der Geltendmachung von Rückforderungsansprüchen für geleistete Unterhaltsvorschusszahlungen nachhaltig zu verbessern. Die Fraktion der CDU bemängelt in diesem Zusammenhang, dass das Land Bremen seit Jahren mit einer Rückgriffquote zwischen 8,9 % (2006) bis 10,5 % (derzeit) bundesweit den letzten Platz belege. Die in den letzten Jahren vonseiten des Senats angekündigten Verbesserungen im Bereich des Forderungsmanagements seien nicht eingetreten. Stattdessen seien die Fallzahlen gestiegen, die Rückholquoten weiter gesunken und die Zahl der bearbeiteten Akten pro Sachbearbeiter habe sich fast verdoppelt. Aus einer aktuellen Vorlage der Sozialsenatorin gehe hervor, dass sich die Außenstände aus dem Bereich der Unterhaltsvorschüsse aktuell in Bremen auf etwa 7 Mio. € und in Bremerhaven auf etwa 5,8 Mio. € belaufen.

Um zeitnah zu einer deutlichen Erhöhung der Rückgriffquote im Land Bremen zu kommen, beantragt die Fraktion der CDU, den Senat aufzufordern, die im Antrag im Einzelnen beschriebenen Maßnahmen zu veranlassen.

Der Ausschuss hat den Antrag in seiner Sitzung am 16. November 2017 ausführlich beraten und dabei auch die schriftliche Stellungnahme der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration vom 11. September 2017 – diesem Bericht als Anlage 4 beigefügt – mit einbezogen.

Die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen lehnen die von der Fraktion der CDU geforderten Maßnahmen ab. Dabei schließen sich die Koalitionsfraktionen den Feststellungen im Deputationsbericht an und weisen ergänzend darauf hin, dass zur Umsetzung des neuen Unterhaltsvorschussgesetzes bereits das Forderungsmanagement in Zusammenarbeit mit der Senatorin für Finanzen angepasst wurde und es entsprechende Mit-

arbeiterschulungen gegeben habe. Auch habe die Rückholquote mit circa 14 % im Jahr 2016 deutlich über der Quote in den Vorjahren gelegen. Zudem finde mit der Berichterstattung über die Sozialleistungen, die auch die Entwicklung der Unterhaltsvorschussleistungen und die Rückholquote umfasse, bereits seit Jahren eine regelmäßige Berichterstattung gegenüber dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss statt.

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der FDP und der Gruppe BIW der Bürgerschaft (Landtag) zu empfehlen, den Antrag „Unterhaltsvorschüsse konsequent einfordern“, Drs. 19/853, abzulehnen.

2. Antrag der Fraktion der CDU „Sechs zusätzliche Richterstellen schaffen!“, Drs. 19/1117

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Antrag der Fraktion der CDU „Sechs zusätzliche Richterstellen schaffen!“ (Drs. 19/1117) in ihrer 46. Sitzung am 15. Juni 2017 zur weiteren Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) und mitberatend an den Rechtsausschuss überwiesen.

Der Antrag verfolgt das grundsätzliche Ziel, die Personalausstattung in der bremischen Justiz zu verbessern. Aus diesem Grund soll der Senat aufgefordert werden, sechs zusätzliche Richterstellen am Landgericht Bremen zu schaffen, zur Sicherstellung der Nachwuchsrekrutierung von Richtern wieder drei Mal jährlich 20 Referendare am Oberlandesgericht Bremen einzustellen und zur Entlastung der Richter ausreichend Servicepersonal an den Gerichten bereitzustellen. Diese Maßnahmen seien aus Sicht der Fraktion der CDU erforderlich, um zeitnah den hohen Bestand an Altfällen in der Zivil- und Strafgerichtsbarkeit abarbeiten zu können. Mit dem derzeitigen Richterbestand sei dies nicht möglich. Deutlich werde dies insbesondere an der aktuellen Situation am Landgericht Bremen. Neben 208 Altfällen in Strafsachen haben sich auch bei den Zivilkammern des Landgerichts zwischenzeitlich Rückstände in einem Umfang von über 200 Altverfahren je Richter angehäuft. Besonders schwer wiege dabei, dass es der aktuelle Personalmangel nicht zulasse, 15 unerledigte Verfahren aus dem Bereich der Gewalt- und Sexualdelikte zeitnah zu eröffnen. Dies sei für die Opfer dieser Taten ein unerträglicher Zustand und resultiere vor allem daraus, dass die überlasteten Strafkammern des Landgerichtes vorrangig Haftsachen bearbeiten müssen.

Der mitberatende Rechtsausschuss hat mit Schreiben vom 23. Oktober 2017 gegenüber dem federführenden staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss zum Antrag wie folgt Stellung genommen:

„Der Rechtsausschuss hat seine Beratungen zu dem Antrag in seiner 20. Sitzung am 16. August 2017 aufgenommen und hierzu eine Stellungnahme des Senators für Justiz und Verfassung eingeholt. Er hat die Beratung des Antrags im Rahmen der Haushaltsberatung in der 22. Sitzung am 18. Oktober abgeschlossen.

Der Senator für Justiz und Verfassung hat in den Beratungen betont, dass in den Jahren 2015 und 2016 beim Landgericht Bremen eine hohe Zahl von Eingängen gerade in erstinstanzlichen Strafsachen zu beobachten gewesen sei. Unter diesen Verfahren habe sich auch eine außerordentlich große Anzahl von Haftsachen befunden, die vorrangig zu verhandeln seien. Hierauf habe der Senator für Justiz und Verfassung in Abstimmung mit der Präsidentin des Oberlandesgerichts und der Präsidentin des Landgerichts durch Personalverstärkungen zeitnah reagiert, um sowohl eine Bearbeitung der Haftsachen als auch der Altverfahren zu ermöglichen. So sei das Landgericht im richterlichen Dienst zwischen 2014 und 2017 (Stichtag: 30. April) um 6,4 Stellen zusätzlich verstärkt worden. Es sei folgende Ausstattung zu verzeichnen:

2014 42,5 Stellen,
2015 44,25 Stellen,
2016 47,4 Stellen,
2017 48,9 Stellen.

Zusätzlich zu diesen Aufstockungen sei das Landgericht Bremen zum 1. Oktober 2017 zur Neubesetzung einer Strafkammer um drei Richterstellen verstärkt worden. Weitere Personalzuwächse im Jahresverlauf würden dazu führen, dass das Landgericht zum Jahresende über mindestens 53 Richterstellen verfügen werde. Im Zusammenhang mit der Aufstockung der Richterstellen würden zudem zwei zusätzliche Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter für Serviceeinheiten und zwei zusätzliche Justizwachtmeister eingestellt.

Die Einstellung von jeweils 25 Referendaren an zwei Terminen im Jahr habe sich bewährt. Es gebe keine Warteliste mehr. Zu beachten sei zudem, dass die größere Anzahl von Bewerbern um Richterstellen sich nicht aus dem Kreis der Bremer Referendarinnen und Referendare, sondern aus dem gesamten Bundesgebiet rekrutiere.

Der Ausschuss hat ebenfalls über den Haushaltsplan 2018/2019 des Senators für Justiz und Verfassung beraten und ist mehrheitlich und mit dem Senator für Justiz und Verfassung der Auffassung, dass mit dem dort enthaltenen Personalzuwachs und der Ausnahme des Justizressorts von der PEP-Quote dem Mehrbedarf entsprochen wird. Gleichzeitig verweist der Ausschuss auf den im Hinblick auf die Situation am Landgericht Bremen initiierten externen Beratungsprozess, der noch nicht abgeschlossen ist.

Der Ausschuss ist deshalb mehrheitlich mit den Stimmen der Vertreter der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktionen der CDU, der FDP und der Gruppe BIW der Auffassung, dass mit den zusätzlich geschaffenen personellen und sachlichen Mitteln die Voraussetzungen für die Bewältigung der Eingangszahlen und der Abarbeitung der Altfälle bereits geschaffen sei und damit auch das Ziel des zu beratenden Antrags letztlich bereits erfüllt sei.

Er lehnt deshalb mit den vorgenannten Auffassungen den Antrag der Fraktion der CDU ‚Sechs zusätzliche Richterstellen schaffen‘ (Drs. 19/1117) ab und bittet den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss, dies ebenfalls zu beschließen und der Bürgerschaft (Landtag) entsprechend zu berichten.“

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss hat den Antrag in seiner Sitzung am 16. November 2017 unter Einbeziehung der Stellungnahme des Rechtsausschusses abschließend beraten. Während die Fraktionen DIE LINKE, die FDP und die Gruppe BIW den Antrag inhaltlich unterstützen, verweisen die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf die Stellungnahme des Rechtsausschusses. Diese mache deutlich, dass mit den zusätzlich geschaffenen personellen und sachlichen Mitteln die Voraussetzungen für die Bewältigung der Eingangszahlen und der Abarbeitung der Altfälle bereits geschaffen seien und es deshalb der Schaffung weiterer sechs Richterstellen nicht bedürfe. Dem halten die Fraktionen der CDU und der FDP ergänzend entgegen, dass die neu geschaffene Strafkammer lediglich Rückstände aus Bremerhaven abarbeite und nicht zu einer Verbesserung der Lage in der Stadtgemeinde Bremen beitrage.

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, der FDP, DIE LINKE und der Gruppe BIW den Antrag „Sechs zusätzliche Richterstellen schaffen!“, Drs. 19/1117, abzulehnen.

3. Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben für die Beratung im staatlichen und städtischen Haushalts- und Finanzausschuss gemeinsame Änderungsanträge für die Bürgerschaft (Landtag) betreffend die

Produktpläne 01 Bremische Bürgerschaft, 07 Inneres, 21 Kinder und Bildung, 24 Hochschulen und Forschung, 31 Arbeit, 41 Jugend und Soziales, 68 Umwelt, Bau und Verkehr, 92 Allgemeine Finanzen und 93 Zentrale Finanzen eingebracht.

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss hat diese in der Anlage 1 im Einzelnen dargestellten Änderungsanträge beraten. Ihnen wurde teils mit den Stimmen, teils bei Enthaltung und teils gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der FDP und der Gruppe BIW von den Ausschussmitgliedern der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt. Das genaue Abstimmungsverhalten zu den einzelnen Änderungsanträgen kann der Anlage 1 zu diesem Bericht entnommen werden.

4. Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE

Die Fraktion DIE LINKE hat für die Beratungen im staatlichen und städtischen Haushalts- und Finanzausschuss Änderungsanträge für die Bürgerschaft (Landtag) betreffend die Produktpläne 06 Datenschutz, 07 Inneres, 11 Justiz und Verfassung, 08 Gleichberechtigung der Frau, 21 Kinder und Bildung, 24 Hochschulen und Forschung, 31 Arbeit, 41 Jugend und Soziales, 51 Gesundheit und Verbraucherschutz, 68 Umwelt, Bau und Verkehr, 71 Wirtschaft, 81 Häfen, 91 Finanzen/Personal, 92 Allgemeine Finanzen und 93 Zentrale Finanzen eingebracht.

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss hat diese in der Anlage 2 im Einzelnen dargestellten Änderungsanträge beraten. Sie wurden gegen die Stimmen des Ausschussmitgliedes der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich abgelehnt. Das genaue Abstimmungsverhalten zu den einzelnen Änderungsanträgen kann der Anlage 2 zu diesem Bericht entnommen werden.

5. Änderungsanträge der Fraktion der FDP

Die Fraktion der FDP hat für die Beratungen im staatlichen und städtischen Haushalts- und Finanzausschuss Änderungsanträge für die Bürgerschaft (Landtag) betreffend die Produktpläne 01 Bremische Bürgerschaft, 07 Inneres, 08 Gleichberechtigung der Frau, 11 Justiz und Verfassung, 21 Kinder und Bildung, 24 Hochschulen und Forschung, 31 Arbeit, 51 Gesundheit und Verbraucherschutz, 71 Wirtschaft, 81 Häfen, 91 Finanzen/Personal und 93 Zentrale Finanzen eingebracht.

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss hat diese in der Anlage 3 im Einzelnen dargestellten Änderungsanträge beraten. Sie wurden gegen die Stimme des Ausschussmitgliedes der Fraktion der FDP mehrheitlich abgelehnt. Das genaue Abstimmungsverhalten zu den einzelnen Änderungsanträgen kann der Anlage 3 zu diesem Bericht entnommen werden.

6. Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie der Hochschulen und der Staats- und Universitätsbibliothek

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss hat die Wirtschaftspläne der Universität Bremen,
der Hochschule Bremen,
der Hochschule für Künste Bremen,
der Hochschule Bremerhaven,
der Staats- und Universitätsbibliothek,
des Sondervermögens Gewerbeflächen (Land),
des Sondervermögens Fischereihafen,
von Performa Nord,
des Sondervermögens Immobilien und Technik (Land),
des Sondervermögens Bremer Kapitaldienstfonds,

des Sondervermögens Versorgungsrücklage des Landes Bremen,
der Anstalt öffentlichen Rechts zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen sowie
von Immobilien Bremen, Anstalt öffentlichen Rechts,
im Einzelnen beraten und ihnen jeweils mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, der FDP, DIE LINKE und der Gruppe BIW zugestimmt.

7. Produktpläne mit den dazugehörigen kameraleen Haushaltsplänen, maßnahmenbezogenen Investitionsplänen, Produktgruppenstellenplänen und kameraleen Stellenplänen

Den jeweiligen Produktplan haben der staatliche und städtische Haushalts- und Finanzausschuss jeweils gemeinsam mit den dazugehörigen kameraleen Haushaltsplänen, maßnahmenbezogenen Investitionsplänen, Produktgruppenstellenplänen und kameraleen Stellenplänen beraten und beschlossen.

Den Produktplänen 02 Rechnungshof und 09 Staatsgerichtshof haben der staatliche und städtische Haushalts- und Finanzausschuss jeweils mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und der Gruppe BIW zugestimmt.

Den Produktplänen 01 Bremische Bürgerschaft, 03 Senatskanzlei, 05 Bundes- und Europaangelegenheiten, 06 Datenschutz und Informationsfreiheit, 07 Inneres, 08 Gleichberechtigung der Frau, 11 Justiz, 12 Sport, 21 Kinder und Bildung, 22 Kultur, 24 Hochschulen und Forschung, 31 Arbeit, 41 Jugend und Soziales, 51 Gesundheit und Verbraucherschutz, 68 Umwelt, Bau und Verkehr, 71 Wirtschaft, 81 Häfen, 91 Finanzen/Personal, 92 Allgemeine Finanzen, 93 Zentrale Finanzen, 96 IT-Budget und 97 Zentrale Bauinvestitionen haben der staatliche und städtische Haushalts- und Finanzausschuss – in den Fassungen der Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gemäß Ziffer II. 3. dieses Berichts – jeweils mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der FDP und der Gruppe BIW zugestimmt.

8. Haushaltsgesetze

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss hat den Haushaltsgesetzen der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 – in den Fassungen der Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gemäß Ziffer II. 3. dieses Berichts – jeweils gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der FDP und der Gruppe BIW mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

III. Antrag und Beschlussempfehlungen des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses

1. Antrag der Fraktion der CDU „Unterhaltsvorschüsse konsequent einfordern“, Drs. 19/853

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich, den Antrag „Unterhaltsvorschüsse konsequent einfordern“ (Drs. 19/853) abzulehnen.

2. Antrag der Fraktion der CDU „Sechs zusätzliche Richterstellen schaffen!“, Drs. 19/1117

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich, den Antrag „Sechs zusätzliche Richterstellen schaffen!“ (Drs. 19/1117) abzulehnen.

3. Haushaltsporträt 2018/2019 und Finanzplan 2017 bis 2021 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) das Haushaltsporträt 2018/2019 und den Finanzplan 2017 bis 2021 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung zur Kenntnis zu nehmen.

4. Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich, den Änderungsanträgen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu den Haushaltsgesetzen sowie den jeweiligen Produktplänen und den dazugehörigen kameraleen Haushaltsplänen, maßnahmenbezogenen Investitionsplänen, Produktgruppenstellenplänen und kameraleen Stellenplänen gemäß Anlage 1 zuzustimmen.

5. Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich, die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE zu den Haushaltsgesetzen sowie den jeweiligen Produktplänen und den dazugehörigen kameraleen Haushaltsplänen, maßnahmenbezogenen Investitionsplänen, Produktgruppenstellenplänen und kameraleen Stellenplänen gemäß Anlage 2 abzulehnen.

6. Änderungsanträge der Fraktion der FDP

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich, die Änderungsanträge der Fraktion der FDP zu den Haushaltsgesetzen sowie den jeweiligen Produktplänen und den dazugehörigen kameraleen Haushaltsplänen, maßnahmenbezogenen Investitionsplänen, Produktgruppenstellenplänen und kameraleen Stellenplänen gemäß Anlage 3 abzulehnen.

7. Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie der Hochschulen und der Staats- und Universitätsbibliothek

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich, die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie der Hochschulen und der Staats- und Universitätsbibliothek zu beschließen.

8. Haushaltsgesetz und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der FDP und der Gruppe BIW die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 und die Haushaltspläne für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 (Produktgruppenhaushalte, kamerale Haushalte einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung, produktgruppenorientierte und kamerale Stellenpläne, Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie Sonderhaushalte), Drs. 19/1224 vom 12. September 2017, in der Fassung der Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gemäß Ziffer II. 3. dieses Berichts zu beschließen.

Jens Eckhoff
(Vorsitzender)

Anlagen

Anlage 1

ÜBERSICHT ÜBER DIE REIHENFOLGE DER ABSTIMMUNGEN
BEI DEN HAUSHALTSBERATUNGEN FÜR DIE

HAUSHALTSJAHRE 2018/2019

Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und Bündnis90/Die Grünen

Drs.	PPI = Produktplan	HHP = Haushaltsplan	Abstimmungsergebnisse						Beschlu- empfehlung HaFA (Land)
			SPD	B90/Gr.	CDU	DIE LINKE	FDP	BIW	
19/1382	01.01.01 Bürgerschaftskanzlei (L)	0010 Bremische Bürgerschaft	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Zustimmung	
19/1383	07.01.01 Polizeivollzug (L)	0034 111 11-1 (neu) Einnahmen aus Gebühren für Fußballeinsätze 0034 422 11-7 Bezüge der planmäßigen Be- amten (Polizeivollzug)	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Zustimmung	
19/1384	21.90.01 Senatorische Angelegen- heiten (L)	0201 971 00-4 (neu) Globale Mehrausgaben Ver- stärkungspaket zur Verbesserung der Bildungs- qualität	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Zustimmung	
19/1385	24.04.01 Studentenwerk Bremen (L)	0273 894 11-1 (neu) Projektmittel für die Planung von Studentenwohnheimen in Bremen und Bremerhaven	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Zustimmung	
19/1386	31.01.01 Beschäftigungspol. Akti- onsprog. (L)	0305 893 20-0 (neu) Planungsmittel für den Bau ei- nes Auszubildenen- Wohnheims	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Zustimmung	

Anlage 1

19/1387	41.21.01 Sozialleistungen Bereich Soziales (L)	0410 684 14-0 (neu) Projekt Fachkräftesicherung in der Altenpflege	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Zustimmung
19/1388	68.01.01 ÖPNV / Konsumtive Fi- nanzhilfen (L)	0687 231 20-1 Vom Bund für Ausgaben ge- mäß § 11 BremÖPNVG	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Zustimmung
19/1389	68.02.06 Städtebau/ Städteumbau / Wohnungswesen (L)	0681 985 18-2 (neu) An Bhv für die Revitalisierung aufgegebener Immobilien	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Zustimmung
19/1390	92.02.04 Zentral veransch. PA - Sonstiges (L)	0990 Zentral veranschlagte Perso- nalausgaben	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Zustimmung
19/1391	93.01.02 Kredite, zentrale Zinsein- nahmen/-ausgaben	0980 575 01-2 Zinsen an sonstigen Kredit- markt	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Zustimmung
19/1392	Korrektur des Wirt- schaftsplans 2018/2019 der Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Ver- sorgungsvorsorge der FHB		Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Enthalten	Nein	Nein	Zustimmung
19/1393	Technische Ermächti- gung Land		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Zustimmung
19/1402	92.01.02 Allgemeine Finanzen – Sonstiges (L)	0995 972 10-7 Globale Minderausgaben	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Zustimmung
19/1404	68.02.08 Landesamt für GeoInfor- mation (L)	0682 812 03-6 Erwerb von Geräten und In- strumenten	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Enthalten	Nein	Nein	Zustimmung
19/1409	92.01.02 Allgemeine Finanzen – Sonstiges	0995 549 99-9 Globale Minderausgaben	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Zustimmung
19/1410	93.01.02 Kredite, zentrale Zinseinn./- ausgaben (L)	0980 325 30-0 Kreditmarktmittel und Anlei- hen	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Zustimmung

Anlage 1

19/1408	93.01.02 Kredite, zentrale Zinseinn./- ausgaben (L)	0980 575 01-2 Zinsen an sonstigen Kredit- markt	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Zustimmung
19/1411	Schlussantrag Feststel- lungsklauseln		Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Zustimmung

Anlage 2

ÜBERSICHT ÜBER DIE REIHENFOLGE DER ABSTIMMUNGEN

BEI DEN HAUSHALTSBERATUNGEN FÜR DIE

HAUSHALTSJAHRE 2018/2019

Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE

Drs.	PPI = Produktplan	HHP = Haushaltsplan	Abstimmungsergebnisse						Beschluss-empfehlung HaFA (Land)
			SPD	B90/Gr.	CDU	DIE LINKE	FDP	BIW	
19/1290	06.01.01 Beratung/Kontrolle/Berichterstellung (L)	0029 422 01-0 Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ablehnung
19/1291	07.01.01 Polizeivollzug (L)	0034 422 11-7 Bezüge der planmäßigen Beamten (Polizeivollzug)	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ablehnung
19/1292	07.01.01 Polizeivollzug (L)	0034 422 11-7 Bezüge der planmäßigen Beamten (Polizeivollzug)	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ablehnung
19/1293	07.01.01 Polizeivollzug (L)	0034 811 10-5 Erwerb von Kraftfahrzeugen einschließlich Ausrüstung	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ablehnung
19/1294	11.04.01 Justizvollzugsanstalt Bremen (L)	0120 422 01-4 Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	Nein	Nein	Nein	Ja	Enthalten	Nein	Ablehnung
19/1295	21.04.02 Landesinstitut für Schule (L)	0230 422 01-0 Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ablehnung
19/1296	21.08.01 Tagesbetreuung (L)	0202 548 90-8 (neu) Landesprogramm „Offensive für Fachkräftesicherung in der Kindertagesbetreuung“	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ablehnung

Anlage 2

19/1297	24.01.01 Universität Bremen (L)	0274 diverse Zuschuss zu den Personal- ausgaben / Sachausgaben der Universität	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ablehnung
19/1298	24.01.02 Hochschule Bremen (L)	0274 diverse Zuschuss zu den Personal- ausgaben / Sachausgaben der Hochschule Bremen	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ablehnung
19/1299	24.01.03 Hochschule für Künste (L)	0274 diverse Zuschuss zu den Personal- ausgaben / Sachausgaben der Hochschule für Künste	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ablehnung
19/1300	24.01.04 Hochschule Bremerhaven	0274 diverse Zuschuss zu den Personal- ausgaben / Sachausgaben der Hochschule Bremer- haven	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ablehnung
19/1301	24.01.06 Hochschulübergreifende Angelegenh. (L)	0273 685 17-0 (neu) Für Maßnahmen zur Verbes- serung der Personalsituation an der Universität	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ablehnung
19/1302	24.04.01 Studentenwerk Bremen (L)	0273 894 10-1 Zuschuss zu den Investitio- nen des Studentenwerkes Bremen	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ablehnung
19/1303	24.90.01 Senatorische Angele- genh. Wissenschaft (L)	0273 685 18-9 (neu) An die Hochschulen für das Programm „Ausbau von Stu- diengängen“	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ablehnung
19/1304	31.01.01 Beschäftigungspol. Akti- onsprog. (L)	0305 548 10-3 (neu) Globale Mehrausgaben für die Förderung von Alleiner- ziehenden und von Entgelt- gleichheit	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ablehnung

Anlage 2

19/1305	31.01.01 Beschäftigungspol. Aktionsprog. (L)	0305 684 20-1 (neu) Zuschüsse für Programm Integrierte Quartiere	Nein	Ablehnung								
19/1306	31.01.01 Beschäftigungspol. Aktionsprog. (L)	0305 684 58-9 Zuschüsse im Rahmen der Arbeitsmarktförderung des BAP (Programmmittel)	Nein	Ablehnung								
19/1307	31.01.01 Beschäftigungspol. Aktionsprog. (L)	0305 684 58-9 Zuschüsse im Rahmen der Arbeitsmarktförderung des BAP (Programmmittel)	Nein	Enthalten	Ablehnung							
19/1308	31.01.01 Beschäftigungspol. Aktionsprog. (L)	0305 684 58-9 Zuschüsse im Rahmen der Arbeitsmarktförderung des BAP (Programmmittel)	Nein	Ablehnung								
19/1309	31.01.01 Beschäftigungspol. Aktionsprog. (L)	0305 684 58-9 Zuschüsse im Rahmen der Arbeitsmarktförderung des BAP (Programmmittel)	Nein	Ablehnung								
19/1310	31.01.01 Beschäftigungspol. Aktionsprog. (L)	0305 684 71-6 (neu) Zuschüsse im Rahmen der Förderung von Ausbildungsplätzen	Nein	Ablehnung								
19/1311	31.01.01 Beschäftigungspol. Aktionsprog. (L)	0305 892 15-7 (neu) Zuschüsse für die Schaffung von zukunftsorientierten Arbeitsplätzen	Nein	Ablehnung								
19/1312	41.21.01 Sozialleistungen Bereich Soziales (L)	0411 684 10-5 Zuwendungen für die Unterbringung und Betreuung von Zuwanderern	Nein	Ablehnung								
19/1313	41.91.03 Sen. Angelegenheiten - Soziales (L)	0400 428 63-8 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Soziales)	Nein	Ablehnung								

Anlage 2

19/1314	51.03.01 Krankenhausplanung, Investitionsförd.(L)	0520 526 20-0 Gutachterkosten und Bauprüfungen	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ablehnung
19/1315	51.03.01 Krankenhausplanung, Investitionsförd.(L)	0520 diverse Kurzfristige, Mittel- und langfristige Investitionen an Bremer und Bremerhavener Krankenhäusern	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ablehnung
19/1316	68.02.05 Stadtentwicklung/-planung/Bauordnung (L)	0680 422 22-2 Bezüge der planmäßigen Beamten (Stadtentwicklung/-planung/Bauordnung)	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ablehnung
19/1317	68.03.01 Umweltwirt./Energie/Ressourcen (L)	0601 532 21-2 Maßnahmen zur Energieeinsparung (CO2-Reduktionsprogramm)	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ablehnung
19/1318	68.03.03 Natur / Wasser / Landwirtschaft (L)	0627 684 10-0 Biostadt	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ablehnung
19/1319	68.03.04 Abwasserabgabe/Wasserentnahmegebühr (L)	0629 526 10-2 Maßnahmen zur Förderung der Umweltbildung	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ablehnung
19/1320	92.01.02 Allgemeine Finanzen - Sonstiges (L)	0995 971 13-5 (neu) Globale Mehrausgaben Verstärkungsmittel Bildung“ (neu)	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ablehnung
19/1321	92.01.02 Allgemeine Finanzen - Sonstiges (L)	0995 971 13-5 (neu) „Globale Mehrausgaben Verstärkungsmittel Bildung“	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ablehnung
19/1322	92.01.02 Allgemeine Finanzen - Sonstiges (L)	0995 971 13-5 (neu) „Globale Mehrausgaben Verstärkungsmittel Bildung“	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ablehnung

Anlage 2

19/1323	92.02.03 Globale Mehrausgaben Personal (L)	0990 461 03-1 Globale Mehrausgaben (sonstige personal- wirtschaftliche Verpflichtungen und Risiken)	Nein	Ablehnung									
19/1357	24.01.06 Hochschulübergreifende Angelegenheiten (L)	0273 685 10-3 An die Hochschulen für die Umsetzung des Hochschulpaktes 2020 und zur Verbesserung der Lehre	Nein	Ablehnung									
19/1358	71.01.01 Mittelstand/Industrie/Außenhandel (L)	0704 683 30-8 (neu) Förderung von Frauen-Startups und Frauenexistenzgründungen	Nein	Ablehnung									
19/1359	81.01.02 Hafenwirtschaft / Hafeninfrastuktur (L)	0801 334 01-6 Abführung vom Sondervermögen Fischereihafen	Nein	Ablehnung									
19/1360	81.01.02 Hafenwirtschaft / Hafeninfrastuktur (L)	0801 884 21-0 Zuführung an das SV Fischereihafen für den Offshore Terminal	Nein	Enthalten	Ablehnung								
19/1361	91.03.01 Personal- und Verwaltungsmanagement (L)	0901 539 10-3 Kosten für Gutachten und Organisationsuntersuchungen	Nein	Ablehnung									
19/1362	91.03.03 Aus- und Fortbildung am AFZ (L)	0922 422 03-6 Anwärterbezüge der Beamten auf Widerruf	Nein	Ablehnung									
19/1363	92.01.02 Allgemeine Finanzen - Sonstiges (L)	0980 diverse Zinsausgaben	Nein	Ablehnung									
19/1364	92.01.02 Allgemeine Finanzen - Sonstiges (L)	0995 972 10-7 Globale Minderausgaben	Nein	Ablehnung									

Anlage 2

19/1365	93.01.01 Steuern, steuerabhängige Einn./Ausg. (L)	0972 985 05-8 An Hst. 6961/385 05, Struk- turhilfen	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ablehnung
19/1366	93.01.03 Steuerähnliche Abgaben (L)	0995 371 00-6 Globale Mehreinnahmen	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ablehnung
19/1367	Anderungsantrag zum Haushaltsgesetz		Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ablehnung
19/1370	08.01.01 Gleichstellungs-/berech- tigungsfragen(L)	0045 428 01-0 Entgelte der Arbeitnehmerin- nen und Arbeitnehmer	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	-----	Ablehnung

Anlage 3

ÜBERSICHT ÜBER DIE REIHENFOLGE DER ABSTIMMUNGEN

BEI DEN HAUSHALTSBERATUNGEN FÜR DIE

HAUSHALTSJAHRE 2018/2019

Änderungsanträge der Fraktion der FDP

Drs.	PPI = Produktplan	HHP = Haushaltsplan	Abstimmungsergebnisse						Beschluss-empfehlung HaFA (Land)
			SPD	B90/Gr.	CDU	DIE LINKE	FDP	BIW	
19/1324	07.01.01 Polizeivollzug	0034 111 51-0 Verwarnungsgelder	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/1325	07.01.01 Polizeivollzug (L)	0034 525 00-5 Aus- und Fortbildung	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/1326	07.01.01 Polizeivollzug (L)	0034 811 10-5 Erwerb von Kraftfahrzeugen einschließlich Ausrüstung	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ablehnung
19/1328	07.04.01 und 02 Statistiken und Wahlen	0036 diverse Ausgabentitel	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/1329	07.04.01 und 02 Statistiken und Wahlen	0036 diverse Einnahmentitel	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/1330	07.04.02 Wahlen	0036 428 01-5 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/1331	11.90.01 Zentrale Dienste	0101 686 00-0 Zuschuss an die Arbeitnehmerkammer Bremen	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Enthalten	Ablehnung
19/1333	31.01.01 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm	0305 684 60-0 Zuschüsse im Rahmen der Arbeitsmarktprogramme	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung

Anlage 3

19/1338	71.01.08 EU-Programme/Planung	0709 682 20-2 Zuschuss an die Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WFB) - Sachkosten	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/1339	81.01.02 Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur (L)	0801 884 21-0 Zuführung an das SV Fischereihafen für den Offshore Terminal Bremerhaven	Nein	Nein	Nein	Enthalten	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/1347	07.01.01 Polizeivollzug (L)	0034 422 11-7 Bezüge der planmäßigen Beamten (Polizeivollzug)	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/1348	07.01.03 Ressourcensteuerung Polizei Brhv. (L)	0031 985 20-0 An Hst. 6110/385 10, Kostenerstattung für Personalausgaben der Polizei	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/1351	51.05.01 Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit	0501 531 50-2 Schulgefreiheit für die Erstausbildung Gesundheitsfachberufe	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/1371	01.01.01 Bürgerschaftskanzlei (L)	0010 411 01-7 Aufwendungen für Abgeordnete und Deputierte sowie Versorgungsleistungen gem. BremAbgG	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/1372	08.01.01 Gleichstellungs-/berechtigungsfragen (L)	0045 diverse Ausgabenteil	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	-----	Ablehnung
19/1373	21.04.02 Landesinstitut für Schule (L)	0230 428 01-8 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Nein	Nein	Nein	Enthalten	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/1374	21.04.03 Sonst. schul. Leist. u. Fördermaßn. (L)	0201 531 61-6 (neu) Innovationsbudget für alle Klassen	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung

